Mündlicher Bericht

des Ausschusses nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß)

über den

Entwurf eines Gesetzes

zum Schutze der Jugend in der Offentlichkeit
- Nrn. 180, 1430 neu, 2389, 2522 der Drucksachen -

Berichterstatter:

Abgeordneter Dr. Jaeger

Antrag des Ausschusses:

Der Bundestag wolle beschließen:

Der vom Deutschen Bundestag in seiner 160. Sitzung vom 11. Juli 1951 angenommene Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Jugend in der Offentlichkeit wird wie folgt geändert:

- 1. § 2 Absatz 2 Ziffer 1 erhält folgende Fassung:
 - "1. für Jugendliche, die an einer Veranstaltung teilnehmen, die der geistigen, sittlichen und beruflichen Förderung der Jugend dient,"
- 2. § 6 Absatz 2 erhält folgende Fassung:
 - "(2) Das Recht der Anerkennung nach Absatz 1 steht der Obersten Landesbehörde zu."
- 3. § 15 erhält folgenden neuen Absatz 2: "(2) Dieses Gesetz gilt auch im Lande Berlin, sobald es gemäß Artikel 87 Absatz 2 seiner Verfassung die Anwendung dieses Gesetzes beschlossen hat."

Bonn, den 8. Oktober 1951

Der Vermittlungsausschuß
Kiesinger Dr. Jaeger
Vorsitzender Berichterstatter